

OWUS und die AG »Linke UnternehmerInnen« machen Druck

aktuell

September

2008

12. Ausgabe

Inhalt:

Diskutiert 2

International 3

**Steuerpolitik/
Rechtsfragen** 4

Wir haben in unserem Newsletter und auch im Rundbrief bereits des öfteren darüber berichtet – linke Unternehmerinnen und Unternehmen wollen sich zu einer AG zusammenschließen, um noch wirksamer innerhalb der Linkspartei ihre Erfahrungen aus praktischer kapitalistischer Marktwirtschaft einzubringen. Nach den LAG in Sachsen, Thüringen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland konstituierte sich am 30. Mai die Landes-AG in Berlin und wenige Wochen später am 17. Juli die AGLiU in Brandenburg. Für 2009 wird der Zusammenschluss zur Bundes-AG vorbereitet. Als Sprecher der LAG wurden in Brandenburg Martina Brüggemann, Uwe Richter und Dr. Andreas Trunschke und in Berlin Prof. Dr. Erika Meier, Bernd Mewes und Hans-Ulrich Riedel gewählt. Erste Aktivitäten können bereits diesem Newsletter entnommen werden (siehe unten). Der Vorstand von OWUS Berlin-Brandenburg gratuliert den Sprechern zu ihrer Wahl und hofft auf eine enge und koordinierte Zusammenarbeit.

2009 stehen zahlreiche Wahlen ins Haus – zum Europaparlament, zum Bundestag und in Brandenburg zum Landtag. In vielen Runden diskutierten bereits Mitglieder von OWUS und der AGLiU über die Vorbereitung auf diese Wahlen, um ihre Forderungen an die Politik, insbesondere an die Wahlaussagen der Partei DIE LINKE, zu artikulieren. Im Kern beinhalten unsere Forderungen:

→ **Sicherung und Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur** durch

- Stärkung und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe
- Förderung und Ausbau alternativer Energiequellen
- Rekommunalisierung der Versorgungswirtschaft (Energie, Wasser)

→ **Änderungen in Vergabepraxis und -recht bei Aufträgen der öffentlichen Hand**

- Vergabe nach Wirtschaftlichkeit statt niedrigstem Preis
- Ausschreibung in kleinen, von KMU umsetzbaren Losen
- Einrichtung von Schiedsstellen bei IHK, HWK und öffentlicher Verwaltung, um Zahlungsprobleme schnell und kompetent zu lösen

→ **Veränderungen im Abgabensystem**

- Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Handwerker- und arbeitsintensive Dienstleistungen
- Vereinfachung und Erweiterung der Abzugsfähigkeit haushaltsnaher Dienstleistungen von der privaten Steuerschuld
- Erhöhung des Freibetrages zum IHK-Beitrag

→ **Verbesserungen bei der sozialen Sicherung**

- Einführung von Mindestlöhnen mit flankierenden Maßnahmen für KMU
- Sicherung der Ansprüche im Unternehmen Mitarbeitender Familienangehöriger
- Integration der Selbstständigen in die Systeme der sozialen Sicherung

→ **gezielte Förderung der KMU durch**

- verstärkte Bereitstellung zinsgünstiger Mikro- und Kleinkredite für KMU durch öffentlich-rechtliche Sparkassen und Genossenschaftsbanken
- Förderung genossenschaftlicher Formen des Eigentums und der Vernetzung von KMU
- Abbau bestehender und Vermeidung neuer bürokratischer Hemmnisse.

LAG Linke UnternehmerInnen Brandenburg

Offener Brief an Bundesminister für Wirtschaft Michael Glos



Unternehmer fordern Schutz

Die hohen Energiepreise bescheren den Konzernen Rekordgewinn. Der deutsche Mittelstand und damit Tausende von Arbeitsplätzen sind durch die überhöhten Preise jedoch in ihrer Existenz bedroht. Weil die Politiker diesem

Treiben tatenlos zusehen, haben Unternehmer nun einen offenen Brief an Wirtschaftsminister Glos geschrieben, in dem sie Schutz vor der Gier der Energiekonzerne und Spekulanten fordern.

Sehr geehrter Herr Glos,

die Energiekonzerne vermelden Rekordgewinne, während die Zahl der Insolvenzen bei kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland steigt. Bäckereien wissen nicht mehr, wie sie die Stromrechnung bezahlen sollen; Handwerksbetriebe können sich kaum mehr das Benzin leisten, um zu ihren Kunden zu fahren. Gleichzeitig wird aber erwartet, dass der Mittelstand bald wieder -zigtausende von Ausbildungsplätzen bereitstellt und die ganz überwiegende Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland mindestens erhält. Außerdem soll er als geduldiger Packesel weiterhin einen wesentlichen Teil der Steuerlast tragen.

Aufgrund der Marktmacht der Energiekonzerne kann sich der Mittelstand dem Preisdiktat für Strom, Benzin

Fortsetzung Artikel

»Offener Brief ...«

und Gas nicht entziehen. Diese Kostensteigerung kann aber wegen Konkurrenzdrucks nicht an die Kunden weiter gegeben werden, weil die ohnehin schwache Binnennachfrage durch die exorbitant gestiegenen Energiepreise weiter gedrosselt wird. Eine Situation, die leider viele mittelständische Unternehmen die Existenz kosten wird und damit tausende Arbeitsplätze verloren gehen, während die Politik tatenlos zuschaut. So darf es nicht weiter gehen!

Herr Glos, wenden Sie Schaden vom deutschen Volk ab. Sorgen Sie dafür, dass nicht länger kleine Gruppen durch Marktmacht und Spekulation überhöhte Preise und damit Supergewinne durchsetzen können, während großen Teilen des deutschen Mittelstandes und seinen Beschäftigten dadurch das Aus droht. Widmen Sie ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes und mehren sie seinen Nutzen. Setzen Sie der Gier Einzelner Grenzen!

Mit besorgten Grüßen
Uwe Richter, Sprecher LAG
Linke UnternehmerInnen
Brandenburg

Offener Brief an den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Herrn Olaf Scholz zur Unternehmensbeteiligung für Arbeitnehmer

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

aus den Medien ist mir bekannt, dass durch die Bundesregierung an einer Gesetzesnovelle zur Beteiligung der Mitarbeiter an ihrem Unternehmen oder an anderen Unternehmen mittels Vermögenswirksamer Leistungen gearbeitet wird. Als eine mögliche Form wird die »atypisch stille Beteiligung« genannt. Ich bin seit 1992 in der Finanzdienstleistungsbranche tätig und hatte mehrfach in meinem Kundenkreis mit »atypisch stillen Beteiligungen« zu tun, übrigens oft in Verbindung mit Vermögensbildenden Leistungen. Es ging regelmäßig darum, dass die Teilhaber dieser Anlageform viele Jahre in undurchsichtigen Anlagen gebunden werden, zu denen sie kaum Informationen erhalten, keinerlei Mitspracherecht haben und häufig um die Früchte ihrer Anlage betrogen werden. Nicht einmal Gerichte sind in der Lage den Gepehlten zu helfen. Die Vertragskonstruktionen sind so, dass der Anleger keinerlei Rechte hat – mit der Ausnahme regelmäßig seine Beiträge einzuzahlen. Es handelt sich um das verbraucherunfreundlichste Instrument im deutschen Finanzdienstleistungsmarkt, das ich kenne. Durch die Betitelung als Vermögensbildende Leistung wird der Verbraucher besonders leicht Opfer der Heimtücke von Anlagebetrügern. All diese Erkenntnisse sind Ihnen als Jurist sicherlich bekannt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ist mit Sicherheit auch bestens informiert. Deshalb bitte ich Sie, diesen Teil des Gesetzes gründlich prüfen zu lassen und dem Verbraucherschutz gerade an dieser Stelle hohe Priorität einzuräumen.

*Hochachtungsvoll
Siegfried Nord*

1-Euro-GmbH – eine neue fixe Idee der Bundesregierung



Brauchen wir eine neue Unternehmensform, die ohne Stammkapital und mit einer Mustersatzung aus dem Internet starten kann? SPD und Christdemokraten sagen ja und haben das GmbH-Recht entsprechend novelliert. Im Bundestag nannte der CDU-Abgeordnete Gehb die Begründung: »Wir

stehen in einem europäischen Wettbewerb nicht nur hinsichtlich der Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen, sondern auch hinsichtlich der Rechtsordnungen und der Rechtsformen. Diesen Wettbewerb nehmen wir an. Wir wollen und müssen ihn gewinnen.«

Aus Sicht der LINKEN gibt es keinen Anlass, die bewährte GmbH als Rechtsform durch eine neue Unterform zu ergänzen. Denn diese sogenannte »Unternehmergesellschaft«, die der englischen und auch in Deutschland möglichen »Limited« entgegen gestellt werden soll, ist missbrauchsanfällig, bietet keinen hinreichenden Gläubigerschutz und ist deshalb überflüssig.

Die Bundesregierung unterstellt, dass viele Gründer darauf angewiesen sind, möglichst viel Kapital mit möglichst geringem Risiko zu erwirtschaften. Warum dies das Beste ist, kann allerdings niemand begründen. Warum muss ein Unternehmer, der als Marktteilnehmer Gewinne erzielt, von den Risiken seines Tuns möglichst freigestellt werden? Wie will man das den Millionen Arbeitslosen erklären, denen in den vergangenen Jahren immer mehr Risiken der Lebenssicherung aufgebürdet wurden?

Die Gründer, die mit einem Euro mal eben eine Gesellschaft gründen sollen, werden am Markt tätig sein. Die Unternehmergesellschaft wird also Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen und darüber hinaus viele weitere Gläubiger haben. Was machen diese Unternehmer, wenn sie statt der erwarteten Gewinne Verluste erleiden? Wer trägt am Ende die Kosten, wenn sie in die Insolvenz gehen?

Die große Koalition geht darüber hinweg, dass die neuen Unternehmen, die mit weitestgehender Haftungsbeschränkung entstehen sollen, sehr viel häufiger scheitern werden. Gerade das lehrt die Erfahrung mit der britischen Limited. Von den Unternehmern, die sich in Deutschland für diese importierte Rechtsform entschieden haben, ist ein hoher Prozentsatz längst insolvent. Mit ihrer grandiosen Innovation, mit ihren Unternehmergesellschaften, organisiert die Bundesregierung einen Wettbewerb um Pleiterekorde und öffnet dem Missbrauch Tür und Tor.

Sabine Zimmermann, Mittelstandspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Sachverstand trifft Praxis

Gründung des Gesprächskreises Wirtschaftspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mit dem Ziel, linke wirtschaftspolitische Kompetenz zu stärken und nach Außen zu vermitteln, konstituierte sich am 06. Juni diesen Jahres der Gesprächskreis Wirtschaftspolitik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In ihm sollen Akteure sozialer Bewegungen, ExpertInnen und parlamentarischer Sachverstand Gelegenheit zum gemeinsamen Austausch und zur Analyse wirtschaftlicher Trends haben. Der Einladung folgten Abgeordnete und Mitarbeiter der LINKEN in Landtagen und Bundestag, Vertreter von Ver.di, Mitglieder der Europäischen Linken, die Experten der RLS und Vertreter des OWUS Berlin-Brandenburg. Den Auftakt der Veranstaltung bildete eine Analyse der konjunkturellen Perspektiven Deutschlands und der EU von Prof. Dr. Jan Prieue, FHTW Berlin. Im Anschluss wurden Finanzierung und Auswirkungen des auf dem Parteitag beschlossenen Zukunftsinvestitionsprogramms in Höhe von 50 Mrd. Euro diskutiert. Einigung bestand hinsichtlich der Stärkung binnenmarktorientierter Wirtschaftsstrukturen und der Anpassung der staatlichen Investitionsquote an den europäischen Durchschnitt. Der nächste Gesprächskreis wird sich am 19.09.08 mit dem Thema: »Zur Exportorientierung der bundesdeutschen Wirtschaft(politik) – Analyse und Kritik« befassen.



OWUS Thüringen e.V. beim Tag der offenen Tür im Landtag

Der OWUS Thüringen e. V. war in diesem Jahr zum ersten Mal beim Tag der offenen Tür des Thüringer Landtages präsent. Unseren Infostand hatten wir auf dem Flur der Fraktion DIE LINKE aufgestellt. Mitglieder des Vorstandes und unseres Vereins nutzten die Gelegenheit, sich bei Inforunden des kommunalpolitischen Forums wichtige Informationen zum bevorstehenden Mammutwahljahr 2009 zu holen. Schließlich wollen wir die Interessen der Klein- und mittelständischen Unternehmerschaft in die Erarbeitung der Wahlprogramme einfließen lassen. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung müssen zu den Leitlinien einer wirtschaftspolitischen Alternative werden. Dafür werden OWUS-Mitglieder auch mit ihrer Kandidatur zu den Wahlen stehen. Als Fazit des Tages stellte der Vorstand des OWUS-Thüringen e. V. fest, dass wir uns im kommenden Jahr rechtzeitig bei der Landtagsverwaltung um einen Standplatz im Foyerbereich des Landtagsgebäudes bewerben wollen, um einem noch breiteren Publikum unseren Verein vorzustellen.

OWUS und Rolls-Royce

Diversity Management – ein alter Hut neu aufgepeppt?

Schon wieder so ein englischer Begriff. Ein alter Hut nur neu aufgepeppt?! Mit diesem Gedanken fuhr ich mit einem OWUS-Ticket nach Bristol unter anderem ins Rolls-Royce-Werk.

Hier bekam der Begriff Diversity Management, also soziale Vielfalt konstruktiv zu nutzen, für mich eine neue Dimension: nämlich, es tatsächlich als ein Konzept der Unternehmensführung zu sehen, das die Heterogenität der Beschäftigten beachtet und zum Vorteil aller Beteiligten nutzen möchte.

Individuelle Verschiedenheiten von zusammenarbeitenden Personen werden ausdrücklich im Sinne einer positiven Wertschätzung herausgestellt und für den Unternehmenserfolg nutzbar gemacht.

Weshalb ist dieser alte Hut plötzlich wieder so modern? Rolls-Royce setzt auf eigene Erfahrungen, die Unternehmensführung dadurch zu verbessern, dass neben Kennzahlen immer auch die handelnden Menschen in den Blickpunkt rücken.

Und was hat das nun mit uns »kleinen Unternehmen« zu tun? Für uns ist es selbstverständlich, auf die Mitarbeiter zu setzen. Zum einen sind wir selbst die Ausführenden, und

zum anderen kennen wir unsere Mitarbeiter persönlich, so dass wir sie immer wieder ihren Talenten nach einsetzen können.

Und schließlich gibt es eine sehr enge Verbindung zu unseren Geschäftspartnern und Kunden, die gerade hier in Berlin aus aller Herren Länder stammen. Da liegt für uns »Alteingesessene« ein neues Geschäftsfeld. Immerhin hat Berlin einen hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund. Wer von uns OWUS-Mitgliedern kooperiert mit türkischen, kurdischen, russischen oder anderen Mitbürgern und erschließt sich damit neue Geschäfte? Mit diesem Beispiel will ich darauf hinweisen, dass Internationalität auf ein Unternehmen zukommt, wenn es zum einen selbst aktiv Märkte außer Landes anstrebt und zum anderen potenzielle Kunden im eigenen Land erschließt. Individuelle Vielseitigkeit bewusst für den Unternehmenserfolg zu nutzen ist demnach auch für uns hochaktuell. Wenn wir das im Geschäftsalltag umzusetzen verstehen, kann das auch Diversity Management heißen. Alter Hut zwar, aber Hauptsache, es klappt.

Heinz Weißhuhn, GefAA Systemberatung mbH,
OWUS Berlin-Brandenburg e.V.

OWUS zeigt Flagge

Internationale Wirtschaftsbeziehungen stärken

OWUS wird verstärkt aus den verschiedensten Regionen der Welt angesprochen, Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln. Das freut uns und fordert uns gleichermaßen neu heraus. Viele OWUS-Firmen haben bereits gute Erfahrungen mit Partnern aus dem Ausland, so dass wir die Herausforderung annehmen können.

Vor allem der Markt in Russland und Belarusland bietet vor allem auch kleinen und mittleren flexiblen Firmen sehr gute Bedingungen und setzt auf Vertrauen und neue Technologien und Ökologie.

Wer direkten Kontakt in diese Länder unterhält, hat bereits eine Vorstellung von dem rasanten Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung. Uns begegneten zum Beispiel beim OWUS-Wirtschaftsgespräch sehr aufgeschlossene Firmenvertreter aus Belarusland, die den unmittelbaren Kontakt zu uns suchen. Die Beziehungen werden durch staatliche Unterstützung und Rechtssicherheit und weitgehend wirtschaftliche Stabilität abgesichert. Wer sich zum Beispiel in einer freien Wirtschaftszone niederlässt, hat sehr schnell Haus, Energie und Telekommunikationsanbindung sowie Unterstützung in Rechtsfragen und erhebliche Steuervergünstigungen.

Und wer erste Kontakte anbahnen wollte, hätte das zu den Deutsch-Russischen Festtagen im Juni in Berlin-Karlshorst gern tun können, denn Vertragsfirmen und das Russische Haus in der Berliner Friedrichstraße erbrachten sehr gute Voraussetzungen mit Fachvorträgen und Gesprächen. Allerdings entstand gleichzeitig der Eindruck, dass die IHK zu Berlin weder Firmen aus Russland eingeladen noch die in Deutschland ansässigen Partner und Firmen gezielt einbezogen hatte.

Sehr schade. Doch wir werden weiter Flagge zeigen: Als OWUS und als einzelne Unternehmen.

Heinz Hanke, politik@im-osten.de

Treffen mit Freunden

Am 28. August kann es zu einem freundschaftlichen Treffen zwischen OWUS und dem stellv. Vorsitzenden der bolivianischen MAS (Bewegung zum Sozialismus) Gerardo García in Berlin. Der Gast aus Santa Cruz informierte über die Lage im Lande und die vielfältigen Versuche der weißen Oligarchie, die Regierung von Evo Morales zu destabilisieren. Schwerpunkt dabei ist die angespannte Situation in Santa Cruz und den so genannten Mondsichel-Provinzen. Unsererseits wurde das Interesse bekundet, mit Partnerunternehmen in Bolivien kommerzielle Vereinbarungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zu treffen. Entsprechende Vorschläge für mögliche Projekte insbesondere im sozialen Bereich und zur Verbesserung der Lage der indigenen Landbevölkerung wurden übergeben.

Dr. Rolf Sukowski,
Vorsitzender OWUS Berlin-Brandenburg e.V.

OWUS unterstützt Opfer von Agent Orange

Der SODI international e.V. initiierte eine Unterschriftenkampagne zur Unterstützung der vietnamesischen Opfer von Agent Orange, damit diese endlich angemessen entschädigt werden. OWUS Berlin-Brandenburg trägt als Unterstützerorganisation diese Kampagne mit. Bis zum 10. August 2009, dem Internationalen Tag der Agent Orange Opfer, sollen 100.000 Unterschriften gesammelt werden (Online-Unterschriften unter https://www.sodi.de/donate_sign.php).

Der »Small Business Act« – Mehr Beachtung für KMU in der EU

Mit dem Small Business Act, der am 19.06.2008 von der europäischen Kommission verabschiedet wurde, sollen die über 23 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in der Europäischen Union (99% aller Unternehmen) die Möglichkeit erhalten »ihr Potenzial, langfristig nachhaltiges Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, voll ausschöpfen« zu können. Der rechtlich unverbindliche Small Business Act stellt eine politische Willenserklärung dar, die mit 10 Grundsätzen und zahlreichen konkreten Vorschlägen die Mitgliedstaaten auffordert, KMU deutlich stärker zu fördern. So sollen Verwaltungsaufwand und -kosten für KMU reduziert und der Zugang zu Beihilfen und öffentlichen Ausschreibungen sowie Finanzkapital vereinfacht werden. Die verstärkte Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen KMU, die Unterstützung in Umweltangelegenheiten und der verbesserte Marktzugang für KMU, der bei »Versagen des Marktes« auch regulativ herbeigeführt werden soll, sind ebenfalls positiv zu nennen. Mit Spannung werden wir die Änderung der Richtlinie 2000/35/EG über Zahlungsverzug erwarten können, nach der fällige Forderungen künftig binnen 30 Tagen gezahlt werden müssen. Auch der Vorschlag, ermäßigte Mehrwertsteuersätze für lokale Dienstleistungen zu schaffen, eine lang bestehende Forderung von OWUS, stellt eine deutliche Verbesserung dar. Kritische Punkte sind die rechtliche Unverbindlichkeit des Small Business Act und die Breite der europäischen KMU-Definition (nur 41.000 Unternehmen in der EU sind per Definition keine KMU). Auch die einseitige Ausrichtung auf die neoliberale, rein wettbewerbsorientierte Lissabon-Strategie und das Fehlen sozialer Kriterien bei Subventionen stellen deutliche Defizite des Small Business Act dar.

Martin Paech,
OWUS-Praktikant

Termine

13.09., 10.30–16.00 Uhr

AG Wirtschaftspolitik der Linken, Seminarraum 1, Franz-Mehring-Platz1 im Hause des Neuen Deutschlands, Thema: Makroökonomie

13.09., 10–19 Uhr

Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin
Zur Kritik der politischen Ökologie (Konferenz) mit Dr. Falko Schmieder, Dr. Ingo Elbe, Dr. Fritz Fiehler, Dr. Athanasios Karathanassis, Prof. Dr. Michael R. Krätke, Dr. Hans Thie, Prof. Dr. Frieder Otto Wolf, Dr. Christian Zeller. Wir bitten um Voranmeldung! Eintritt: 5 Euro

16.09., 19.00 Uhr

ABACUS-Hotel, Untermertreff OWUS Berlin
Thema: »Betriebsrentengesetz – Vernünftige Lösungen in sozialer Verantwortung-Chancen und Risiken für Unternehmer und Angestellte«
Gesprächspartner: Gerhard Reichelt (Bundesverband Deutscher Vermögensberater), Hans-Peter Magerl (Regionaldirektion Deutsche Vermögensberatung, Potsdam)

18.09., 19.00 Uhr

Hotel ASCOT-Bristol, Untermertreff OWUS Brandenburg in Potsdam
Thema: Management in Unternehmen
Referent: Lutz Eggeling

19.09., 14.00–17.00 Uhr

RLS, Seminarraum 3, Franz-Mehring-Platz1 im Hause des »Neuen Deutschlands«
Thema: Exportorientierung der bundesdeutschen Wirtschafts(spolitik) – Analyse und Kritik

17.–19.10.

OWUS-Unternehmerfahrt nach Elgersburg, Thüringen

Chip soll Steuerhinterziehung verhindern

Kassensysteme sollen zukünftig nicht mehr manipulierbar sein



Manipulierte Registrierkassen oder Taxizähler sollen nach dem Willen der Bundesregierung ab 2013 der Vergangenheit angehören. Ein gesetzlich verordneter Chip in Kassensystemen soll für Recht und Ordnung sorgen.

Umrüstkosten müssen die Unternehmen tragen
Bis spätestens 2013 müssen Registrierkassen, Waagen mit Registrierkassenfunktion und Fahrpreisanzeiger bzw. Wegstreckenzähler mit Registrierkassenfunktion mit dem Chip ausgestattet sein. Die Kosten für das Umrüsten wird lt. Gesetzentwurf auf ca. 50 EUR pro Gerät geschätzt. Bei neuen Geräten, in der die neue Technik serienmäßig eingebaut ist, sollten die Kosten geringer ausfallen. Auf eine Zertifizierung der Geräte und damit verbundene Kosten für die Unternehmen und Verwaltung verzichtet der Gesetzgeber. Der Handel spricht dagegen von mehr als 1.000 EUR Umrüstkosten. Nicht alle Kassen seien nachrüstbar. Zudem würden bei den modernen Systemen die Daten ohnehin schon gespeichert.

Es bleibt abzuwarten, wie erfolgreich dieses ungewöhnliche Projekt gegen Steuerhinterziehung, das auch den Kampf gegen Schwarzarbeit und Sozialbetrug verstärken soll, sein wird und mit welchen Folgen die betroffenen Unternehmer leben müssen.

Gerd Beck, Steuerberater, gerd.beck@etl.de

Branchen mit hohem Anteil an Bargeschäften sind betroffen

Moderne elektronische Registrierkassen und Taxameter machen Manipulationen möglich, die als solche nicht erkennbar sind. Ein eingebauter Chip in den Geräten soll diese Art der Steuerhinterziehung für den Fiskus zukünftig sichtbar machen. Das neue Prüfsystem wird vor allem Branchen, die im Verhältnis zum Gesamtumsatz einen hohen Anteil an Bargeschäften ausweisen, überwachen. Erfolge verspricht sich das Bundesfinanzministerium besonders im Einzelhandel, Handwerk, in der Gastronomie und bei Taxiunternehmen.

Befristung von Arbeitsverhältnissen



Für die Befristung eines Arbeitsverhältnisses ist grundsätzlich ein sachlicher Grund erforderlich. Die möglichen sachlichen Gründe sind im Teilzeit- und Befristungsgesetz aufgeführt. Ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes ist eine kalendermäßige Befristung nur bei Neueinstellungen und bei älteren Arbeitnehmern zulässig. Die kalendermäßige Befristung ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes darf jedoch insgesamt maximal für die Dauer von zwei Jahren erfolgen. Innerhalb dieser

Frist darf die Verlängerung der Befristung höchstens drei mal erfolgen. Ausnahmen gelten bei Neugründungen und älteren Arbeitnehmern. Sofern eine unzulässige Befristung erfolgte, kann der Arbeitnehmer beim Arbeitsgericht über eine Klage feststellen, dass die Befristung unwirksam ist und es sich um ein unbefristetes Arbeitsverhältnis handelt. Eine solche Klage macht häufig Sinn, wenn der Arbeitgeber entweder nicht von selbst das Arbeitsverhältnis verlängert bzw. nicht selbst eine Entfristung vornimmt.

Gerd Klier, Neuruppin
Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht

Brauchen wir in Deutschland ein Arbeitsgesetzbuch?



Ist ein entsprechender Gesetzesentwurf ein Projekt der LINKEN? Ist dies für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen interessant?

Bei der Behandlung des geltenden Arbeitsrechts als »wesentlicher Faktor im Geschehen an den Arbeitsmärkten« und den aus unserer Sicht vorhandenen Möglichkeiten seiner Vereinheitlichung in einem zu führenden Prozess zur Erhaltung und grundlegenden Erneuerung des Sozialstaates ist das unbedingt zu bejahen. Das Arbeitsrecht ist auf ganz besondere Weise konfrontiert mit den Widersprüchlichkeiten und Konfliktfeldern der »modernen« Welt, die Arbeitsrechtsentwicklung ist heute den »Selbstläufern« der freien Marktwirtschaft überlassen. Realität ist heute,

dass fast alles neben dem Recht verwirklicht wird. Deshalb kann es auch beim mittelständischen Unternehmer keinen Widerspruch in Bezug auf ein verständliches und handhabbares Arbeitsgesetzbuch geben.

Wir müssen deshalb in die Arbeitsrechtsentwicklung gestaltend eingreifen, seine lückenhafte und durch die Vielzahl von Einzelgesetzen und widersprüchliche Urteile völlig unübersichtliche Kodifikation überwinden. Gerade aus der Bedeutung des Arbeitsrechts für die Gestaltung der Arbeits(rechts)verhältnisse für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergibt sich auch der politische Auftrag zur Schaffung eines einheitlichen arbeitsrechtlichen Gesetzeswerkes als Projekt der LINKEN.

Rechtsanwalt Steffen Hultsch,
Friedrich-Ebert-Straße 76 in 14469 Potsdam

Impressum

Herausgeber: OWUS e.V., Vi.S.d.P. Renate Vehlow,
Redaktion: R. Vehlow, Dr. R. Sukowski
Geschäftsstelle: Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin,
Fon: 030 - 24 009 563, Fax: 03327 - 73 20 90, kontakt@owus.de

Satz/Layout/Druck: typegerecht berlin GbR, Schönhauser Allee 36, KulturBrauerei · Haus 1, 10435 Berlin, 030 - 48 49 62 43
Fotos: Renate Vehlow
Red. Schluss: 01.09.08
Zuschriften können bei Veröffentlichung sinnwährend redaktionell bearbeitet worden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.